

Formular für die Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

Stellungnahme von

Name / Kanton / Firma / Organisation : Grünliberale Partei Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : glp

Adresse, Ort : Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kontaktperson : Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Telefon : 079 560 56 63

E-Mail : ahmet.kut@parl.ch

Datum : 13. Juni 2018

Hinweise

- 1. Bitte dieses Deckblatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
- 2. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Word-Dokument bis am 04.07.2018 an swiss-contribution@deza.admin.ch.

Allgemeine Bemerkungen zum Erläuternden Bericht

Die Grünliberalen unterstützen den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten. Es wird jedoch begrüsst, dass der Bundesrat nach Abschluss der Vernehmlassung die politischen Gesamtbeziehungen der Schweiz mit der EU beurteilt und über das weitere Vorgehen entscheidet. Dabei ist insbesondere an die angestrebten Fortschritte bei den Markzugangs- und Kooperationsabkommen zu denken. Es ist aber weiterhin daran festzuhalten, dass der Schweizer Beitrag nicht direkt mit anderen Dossiers verknüpft ist. Die Schweiz spricht den Beitrag autonom.

Die Osterweiterung der EU war ein wichtiger Schritt zur Schaffung von mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa, von dem auch die Schweiz profitiert. Es ist daher richtig, dass sich die Schweiz mit dem "Rahmenkredit Kohäsion" weiterhin solidarisch und angemessen an den Anstrengungen zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der erweiterten EU beteiligt. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat das Grundanliegen 2006 mit der Annahme des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas bestätigt. Neben einem sicheren und stabilen Europa profitiert die Schweiz wirtschaftlich von der Ausdehnung der bilateralen Verträge mit der EU auf die mittel- und südosteuropäische Wachstumsregion.

Die ausserordentlich grossen Migrationsbewegungen, die 2015/2016 einen Höhepunkt erreichten, haben zahlreiche europäische Staaten hinsichtlich ihrer Kapazitäten und das Management der Migrationsbewegungen stark gefordert. Das hat zu beträchtlichen Spannungen innerhalb der EU geführt. Das gute Funktionieren der europäischen Systeme im Migrationsbereich liegt im Interesse der Schweiz. Die Grünliberalen begrüssen daher, dass die Schweiz mit dem "Rahmenkredit Migration" mit entsprechenden Programmen und Projekten mithilft, die Herausforderungen im Flüchtlings- und Migrationsbereich in Europa künftig besser zu bewältigen. Positiv hervorzuheben ist, dass auf diesem Weg auch EU-Länder ausserhalb der EU-13 unterstützt werden können, die besonders stark betroffen sind, etwa Griechenland und Italien.

Spezifische Bemerkungen zum Erläuternden Bericht				
Seite / Ziffer	Kommentar	Änderungsvorschlag		
Ziffer 1.3	Der erläuternde Bericht stellt die Wirkungen des gegenwärtigen			
	Erweiterungsbeitrags dar und kommt zum Ergebnis, dass die verschiedenen			
	Programme und Projekte in ihrer Gesamtheit zum Abbau der Disparitäten in der			
	erweiterten EU beigetragen und die Beziehungen der Schweiz zu den			
	Partnerländern und zur gesamten EU in politischer, wirtschaftlicher und			
	institutioneller Hinsicht gestärkt haben.			

	Es ist aus Sicht der Grünliberalen richtig, dass dieses Erfolgsprojekt fortgesetzt	
	wird. So wird im erläuternden Bericht darauf hingewiesen, dass bei ministeriellen	
	Besuchen und in den politischen Konsultationen mit den betroffenen Ländern der	
	Erweiterungsbeitrag eine Rolle als bedeutendes Element in den bilateralen	
	Beziehungen spielt. Auch die Schweizer Wirtschaft profitiert direkt und indirekt	
	vom Erweiterungsbeitrag. Gemäss Umfragen von SECO und DEZA haben	
	zwischen 2010 und 2015 mehr als 50 schweizerische KMU rund 600 Aufträge im	
	Gesamtbetrag von mehr als 2 Milliarden Franken aus EU-finanzierten Projekten in	
	den Partnerländern des Erweiterungsbeitrags erhalten. Die tatsächlichen direkten	
	und indirekten Aufträge an Schweizer Firmen dürften jedoch gemäss dem	
	erläuternden Bericht weit über dem jährlichen Durchschnittswert von 400	
	Millionen Franken liegen. Zum Vergleich: der zweite Schweizer Beitrag soll	
	durchschnittlich 130 Millionen Franken pro Jahr betragen (siehe nachstehend zu	
	Ziff. 2). Ebenso erfreulich ist, dass im Rahmen des Erweiterungsbeitrags die	
	Integration von Forschungsinstitutionen in die internationalen wissenschaftlichen	
	Netzwerke verstärkt und die Forschungsgemeinschaft in den betreffenden	
	Partnerländern gefördert wurde. An den 88 gemeinsamen Forschungsprojekten	
	zwischen der Schweiz und den Partnerländern waren über 1'200 Forschende	
	beteiligt. Gemäss dem erläuternden Bericht resultierten die Projekte unter	
	anderem in einer Vielzahl von Publikationen in internationalen Fachzeitschriften,	
	21 Patentanmeldungen und zahlreichen Forschungspartnerschaften, die auch	
	heute noch selbständig weiterlaufen.	
	Die Grünliberalen nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Erfahrungen	
	aus der Umsetzung des ersten Erweiterungsbeitrags in das vorliegende Projekt	
	eingeflossen sind und auch bei dessen Umsetzung berücksichtigt werden sollen.	
	Dies betrifft insbesondere die Empfehlungen der Eidg. Finanzkontrolle (EFK)	
	sowie die Schlussfolgerungen im Evaluationsbericht, der aus der externen	
	Evaluation von 2015/2016 resultiert ist. Besonders zu erwähnen ist die	
	Empfehlung, die Partnerländer dazu anzuhalten, sich auf eine kleinere Anzahl	
	thematischer und geografischer Schwerpunkte festzulegen. Das ist eine	
	wesentliche Voraussetzung für eine gute Wirksamkeit der Projekte.	
Ziffer 2	Der Bundesrat schlägt für den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-	
	Staaten einen Gesamtbetrag von 1'302 Millionen Franken vor. Dieser Betrag	
	entspricht dem bisherigen Erweiterungsbeitrag und setzt sich aus dem	
	Rahmenkredit Kohäsion (1'046,9 Mio.), dem Rahmenkredit Migration (190 Mio.)	

	sowie dem Eigenaufwand der Bundesverwaltung (65,1 Mio.) zusammen. Gemäss dem erläuternden Bericht entspricht der Schweizer Beitrag von durchschnittlich 130 Millionen Franken pro Jahr ca. 0,35 Prozent der Kohäsionsleistungen der EU zugunsten der EU-13 und rund einem Drittel des Beitrags, den Norwegen als EFTA/EWR-Staat zur Unterstützung der EU-Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2021 aufbringt. Die Grünliberalen erachten den Schweizer Beitrag vor diesem Hintergrund als angemessen.	
Ziffer 2.1	Der erläuternde Bericht definiert für den zweiten Schweizer Beitrag fünf Zielbereiche: 1.) Wirtschaftswachstum und Sozialpartnerschaft fördern, Jugendarbeitslosigkeit reduzieren, 2.) Migration steuern und Integration fördern, öffentliche Sicherheit erhöhen, 3.) Umwelt und Klima schützen, 4.) Soziale Sicherheit erhöhen, 5.) Zivilgesellschaft und Transparenz fördern. Innerhalb dieser Zielbereiche sollen die beiden thematischen Schwerpunkte Berufsbildung (bis zu 200 Mio. Franken) und Migration (bis zu 250 Mio. Franken) gesetzt werden. Die Grünliberalen begrüssen die Bildung von Zielbereichen und thematischen Schwerpunkten und damit die Beschränkung auf einige wenige Themen, so wie es auch die Evaluationen zum ersten Schweizer Beitrag empfohlen haben (siehe vorne zu Ziff. 1.3). Es ist aber unklar, wie sich die Schwerpunkte und die Zielbereiche voneinander unterscheiden. So sind beide Schwerpunktbereiche auch Teil von mindestens einem Zielbereich. Die Grünliberalen regen an, mehrere Zielbereiche in Projekten und Programmen zu verbinden. So bietet sich die Förderung der Zivilgesellschaft und der erhöhten Transparenz in nahezu allen Bereichen an, und Berufsbildungsprojekte in fortschrittlichen Wachstumsgebieten wie z.B. erneuerbaren Energien sind wichtig, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.	Die Unterscheidung / Verbindung von Zielbereichen und Schwerpunktthemen ist klarer darzustellen. Alternativ sollte eine stärkere Fokussierung auf die Zielbereiche, ohne die Formulierung von thematischen Schwerpunkten, in Betracht gezogen werden. Die thematische Vielfalt sollte nicht über die fünf Zielbereiche hinaus ausgedehnt werden.
Ziff. 2.2	Die Grünliberalen sind einverstanden, dass mit dem Schwerpunktthema Berufsbildung ein stärkeres Gewicht auf die Schaffung von Perspektiven für junge Menschen, die Ausbildung von Fachkräften und somit die langfristige Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden soll. Für die Grünliberalen ist daneben der Zielbereich "Umwelt und Klima schützen" besonders wichtig. Hier geht es gemäss dem erläuternden Bericht um die Schwerpunkte Klimaschutz dank Energieeffizienz und erneuerbare Energien,	Innerhalb des Rahmenkredits Kohäsion ist neben dem Schwerpunktthema Berufsbildung ein besonderer Fokus auf den Zielbereich "Umwelt und Klima schützen" zu legen.

öffentlicher Verkehr, Wasser- und Abwassermanagement, Abfallentsorgung sowie Massnahmen in den Bereichen Naturschutz und Biodiversität. Für diese Fragen ist ein angemessener Betrag innerhalb des Rahmenkredits Kohäsion bereitzustellen.

Im Rahmen der **Umsetzungsstrategie** begrüssen die Grünliberalen insbesondere die geografische Konzentration, die Komplementarität zu den Bemühungen der EU und die Stärkung des Programmansatzes. Die Grünliberalen begrüssen die Verbesserung der Monitoring-Systeme im Bereich **Controlling und Evaluation** und möchten anregen, dass insbesondere im Bereich Berufsbildungsförderung für Schlüsselinterventionen zusätzlich zum standardmässigen Monitoring von Beginn an Wirksamkeitsstudien eingeplant werden. So können langfristig aus den Projekten wichtige Lehren für die zukünftige Projekt- und Programmplanung im Berufsbildungsbereich gezogen werden.

Neben der Verbesserung der Monitoring-Systeme sollen insbesondere Wirksamkeitsstudien von Beginn an in die Planung von Schlüsselinterventionen einbezogen werden.